

Donnerstag den 22. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 22. Juni 1916.

Die Kleiderkarte kommt!

Es ist eine Eigentümlichkeit dieses Krieges, daß man, je länger er dauert, um so weniger sagen kann, wann er zu Ende ist. Als im August 1914 Millionen von ihren Lieben Abschied nahmen, da war es stillschweigende Voraussetzung, daß man im Oktober, ganz sicher aber an Weihnachtsabend wieder zuhause sei. Heute, nach fast zwei Jahren, wagt niemand mehr wirklich zu hoffen, daß das Völkermorden bis zur dritten Weihnacht zu Ende sei.

Diese Ansicht wird bestärkt, weil von der Regierung Maßnahmen zu einer Einteilung unserer Kleider- und Bekleidungsgegenstände getroffen werden. Durch Verordnung vom 10. Juni dieses Jahres wird der Verkehr mit Web-, Wirt- und Strickwaren für die Bevölkerung in einschneidender Weise geregelt. Alle Gewerbetreibenden des Großhandels, Kleinhandels, wie der Maßschneiderei sind verpflichtet, sofort eine Inventur aufzunehmen, und sie dürfen erst nach Abschluß dieser Inventur höchstens 20 Prozent ihrer Vorräte bis zum 1. August verkaufen. Nach dem 1. August darf nur noch gegen Bezugschein verkauft werden. Der diese Bezugscheine ausstellt und zu welchen Grundbänden dabei verfahren wird, ist vorläufig noch ungeklärt. Sonst aber ist schon vorauszusehen, daß die Arbeiterfrau, die seither schon viele Stunden für die Erhaltung der nötigen Lebensmittel verstreuen mußte, in Zukunft auch noch viel Schererei und Lauferei wegen der notwendigen Kleidungsstücke abgeben wird.

Wir sagen ausdrücklich die Arbeiterfrau, denn auch eine sogenannte Freiliste ist der Bedarf für die reicheren Teile fast vollständig freigegeben. Freigegeben sind u. a.:

Stoffe aus Seide und Halbseide, baumwollene Damenstrümpfe unter 750 Gramm das Duzend, baumwollene Herrensocken unter 600 Gramm das Duzend, Bänder, Korset, Schnüre, Lihen, Hosenträger, Strumpfbänder, Spitzen, Schleier, Vorhänge, wolleene Damenkleiderstoffe über 10 Mark der Meter, Herrenstoffe über 14 Mark der Meter, die Herren Kleidungsstücke der fertigen Herren- und Damenherrenkleider, Sackanzüge über 60 Mark, Jadenkleider über 10 Mark, Damenhemden über 6.50 Mark, Herrenhemden über 7 Mark, Taschentücher, Säuglingswäsche, Stragen, Strawatten, seibene Schuhe usw.

Schon dieser kurze Auszug zeigt, daß wiederum nur die Arbeit gemacht wurde und man sorgfältig darauf bedacht war, daß die „gnädige Frau“ und die sogenannten besseren Kreise nicht in ihrer Bequemlichkeit gestört werden. Und es wäre es gerade im Interesse einer baldigen Beendigung des Krieges notwendig gewesen, daß auch diese Kreise einmal „Durchhalten“ lernen würden. Man könnte dann vielleicht die Beobachtung machen, daß auch bei diesen Leuten eine gewisse Friedensliebe langsam nach wird. Der Kleiderkarte müßte unser Frachtschein die Schutzkarte auf dem Wege folgen, denn wer die Vorgänge auf dem Ledermarkt versteht, weiß, daß auch eine Einteilung unserer Lederzeugnisse nachher nötig erscheint.

Also wieder eine neue Karte in Aussicht, und wiederum wir uns, warum auch diesmal die reichen Leute einen Nutzen haben müssen. Stimmt das mit den Verbildungen überein, die bei Ausbruch des Krieges allgemein gemacht wurden? Gerade die kommende Kleiderkarte läßt die Unterschiede zwischen arm und reich hervortreten und charakterisiert wirklich die noch bestehenden Klassenunterschiede, die allerdings von „Kleiderknechten“ in der Theorie lautend bestritten werden, der Praxis ist es anders. Wir erlauben uns bei dieser Gelegenheit nur einmal in aller Vorsicht zu fragen, was z. B. Männer im Schubengraben sagten würden, wenn bei notwendiger Rationierung offensichtlich eine Reglementierung nach Klassen, nach dem Wert der Persönlichkeit, erfolgte? Die Antwort würde lauten: Wenn die reichen Leute schon bessere Menschen als wir sein sollen, für die jeder Beziehung Ausnahmen gemacht werden müssen, dann sollen sie auch bei wichtigen gefährlichen Unternehmungen die erste Stelle stehen! Wenn aber nun in der Stunde der Gefahr, im Feuergefecht, die Klassenunterschiede unerbittlich werden, warum müssen sie hinter der Front, mit Zustimmung der Reglementierungsbehörden, bei jeder Gelegenheit immer wieder aufleben? Das want man zunächst noch halb, weil die Bevölkerung bis zur Stunde Disziplin liebt. Sie fürchten nur, daß die gute Stimmung einmal umschlagen kann, wenn die Wünsche und Forderungen der minderbemittelten Bevölkerung in althergebrachter Weise mißachtet werden. Den Interessen und der Beharrlichkeit der wohlhabenden Bevölkerung schenkt größte Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme entgegengebracht wird.

Darum: Werden tief einschneidende Einschränkungen in Lebenshaltung und in der Bekleidung getroffen, dann sollen alle — ob reich oder arm — gleichmäßig darunter leiden! Geht Rot an den Mann, dann bitte Verschonung und gleichmäßige Verteilung, ohne Rücksicht darauf, ob „gnädige“ oder nicht! Auch der reiche Mann braucht nicht soviel Wechselwäsche, wenn nun schon gefordert werden muß. Wir sind jedoch vornherein davon überzeugt, daß auch hieran nichts geändert wird, daß alle unsere Ratikläge und Warnungen in den Wind geschlagen werden. Bis es einmal zu spät ist.

Die neuen Postwertzeichen.

Zur Einführung neuer Briefmarken schreibt die Kaiserliche Postverwaltung der „Post. St.“ folgendes:

Nachschick der bevorstehenden Einführung einer außerordentlichen Reichsabgabe, die mit den Post- und Telegraphenabgaben zusammen vom 1. August ab erhoben werden wird, wird die Postverwaltung vorerst folgende Postwertzeichen neu herausgeben:

Freimarken zu 2½ Pfg., 7½ Pfg. und 15 Pfg.
Postkarten zu 7½ Pfg.
Postkarten mit Antwortkarte zu 7½ + 7½ Pfg.
Freimarkenscheine mit 30 Freimarken zu 2½ Pfg. (Einschreibpreis 75 Pfg.)

Mit dem Verkauf der neuen Wertzeichen wird in den letzten Tagen des Juli bei den Postanstalten begonnen werden. Die Karten zu 2½ Pfg. werden es jedermann ermöglichen, etwa vor-

handene Bestände an Marken oder Postkarten zu 5 Pfg. aufzubringen.

Die bayerische Postverwaltung wird eigene neue Marken herausgeben. (Wo bleibt hier die Einheit? Red. d. „Volksst.“)

Volksvorstellung im Königl. Theater. Die Einladungskarte zur 4. Volksvorstellung am Samstag den 24. Juni „Figaros Hochzeit“ und zur 5. Vorstellung am Montag den 26. Juni „Die Rabensteinerin“ werden von Freitag den 23. Juni vormittags ab, im Gewerkschaftsbau ausgegeben. Die Vorstellungen beginnen um halb 8 Uhr.

Ausgabe der neuen Kartoffelmarken. Es sei nochmals auf die Bekanntmachung betr. die Ausgabe der neuen Kartoffelmarken aufmerksam gemacht, daß der Magistrat genügend Schalter eingerichtet hat, sobald eine schnelle Abfertigung des Publikums gesichert ist. Es liegt im eigenen Interesse des Publikums, sich nicht stundenlang vor der Öffnung der Schalter in der Schwalbacher Straße einzufinden, da sich sonst die Abfertigung der Nachkommenden verzögert.

Kaffee. Der Preis der Kaffeebohnen für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel (M. u. S. Berlin) macht bekannt: 1. Koffeinfreier Kaffee darf wie anderer Bohnenkaffee an den Verbraucher nur in geröstetem Zustande unter gleichzeitiger Abgabe von mindestens derselben Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel verkauft werden. 2. Der Preis für 1 Paket (ein Fünftel Kilogramm) koffeinfreien Kaffee und ein Fünftel Kilogramm Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2.24 Mark nicht übersteigen. 3. Im übrigen regelt sich der Verkauf von koffeinfreiem Kaffee nach den von uns unterm 22. Mai 1916 bekanntgegebenen Bedingungen.

Preisverbreiten auf dem Obstmarkt. Wie auf dem Spargelmarkt werden jetzt auch auf den Obstmärkten in Nieder-Engheim, Heidesheim und Raumborn Preisverbreiten beobachtet. Während zu Anfang der letzten Woche für Äpfel 25 bis 40 Pfennig, Stachelbeeren 18 bis 22 Pfennig, Johannisbeeren 20 bis 24 Pfennig und Erdbeeren 40 bis 50 Pfennig per Pfund bezahlt wurden, kosteten am Samstag und Sonntag Äpfel 50 bis 60 Pfennig, Stachelbeeren 25 bis 28 Pfennig, Johannisbeeren 28 bis 30 Pfennig und Erdbeeren 50 Pfennig. Die Ursache liegt, wie der „Mainzer Anzeiger“ behauptet, in dem Gebaren vereinigter Frankfurter Großhändler, die ihren Absatz in begünstigten Konsumzentren haben und in rücksichtsloser Weise zu täglich steigenden Preisen das Obst in so großer Menge aufkaufen, daß zahlreich Kleinbändler, die ihre Kunden in weniger bemittelten Kreisen haben, ohne Wort abgehen müssen. Wie diesem Unfug und der Preisverbreiter nicht schnell durch Höchstpreise Einhalt geboten, dann erleben wir in diesem Jahre Obstpreise, die dem Arbeiter- und Mittelstand den Genuß des Obstes unmöglich machen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich heute morgen, während der Fronleichnamprozession, in der Dohheimer Straße ab. Architekt Schott schoß auf seine Mutter, ohne ihr eine besondere Verletzung beibringen, und legte die Waffe dann auf sich an. Der unglückliche Mensch scheint eine schwere Brustverletzung davongetragen zu haben. Motiv der Tat unbekannt. Im Prozessionszuge herrschte begreifliche Aufregung.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiesbaden, 20. Juni. (Stadtverordnetenversammlung.) Zur Tagesordnung lagen vier Dringlichkeitsanträge vor, die mit zur Verhandlung standen. Zunächst wurden die Ergänzungswahlen zum Magistrat vorgenommen. Es wurden wiedergewählt die Herren Sittig und Werner, neu gewählt und eingeführt Herr Karl Deterhoff. Hiernächst wurde in die Beratung des Haushaltsplanes eingetreten, wozu der Vorsitzende Schröder den Vorschlag machte, von einer Spezialberatung der einzelnen Titel abzusehen und sich nur auf die Monitas der Rechnungsprüfungskommission zu beschränken. Den Bericht gab Dr. v. Bock. Verhandlungen gab es bei der Sonderverwaltung, Armenverwaltung, Schulverwaltung, Lichtanlage, beim Wasserwerk und der Krankenhausverwaltung; sie richteten sich größtenteils gegen Ueberschreitungen im Vorausschlag. Es wurde gewünscht, daß in Zukunft endlich dem wiederholten Verlangen der Stadtverordneten, den Haushaltsplan etwas übersichtlicher aufzustellen und die Zahlen vom Vorausschlag beizufügen, vom Magistrat entsprochen wird. Dem Magistratsantrag, für Ferienpauszüge 500 Mark noch nachträglich zu bewilligen, wurde stattgegeben. Ein Antrag des Vaterländischen Frauenvereins verlangte zur Verringerung der Jugendfürsorge 1000 Mark, die bewilligt wurden. Krust führte aus, daß der Vaterländische Frauenverein sich mit dem Vorhaben trage, außer der Berufsaufsichtspflegerin noch eine Person anzustellen, die sich mit der Beaufsichtigung der Kinder von 6 bis 14 Jahren beschäftigt. Am besten eigne sich hierfür eine Frau, womöglich Witwe. Die Kosten werden auf Staat, Gemeinde und Vaterländischen Verein zu einem Drittel verteilt. Die Jugendwehr erhält eine jährliche Beihilfe von 500 Mark. (Eine höchst unnütze Ausgabe! Red. d. „St.“) Deuser wünscht, daß diese Summe nicht für Uniformen oder Ausrüstungsgegenstände, sondern nur für sonstige „bildende“ Zwecke Verwendung finden soll. Einen Antrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf Weitervericherung der seit 1. Januar 1916 Einberufenen in Vorklasse III begründet Herr Krust. Er empfiehlt für Verheiratete Weitervericherung in der dritten Klasse, sowie Zahlung der Beiträge für die Familienversicherung, für Lebige in der ersten Klasse. Der Antrag wurde angenommen. Der Vaterländische Verein wird für Benutzung seiner Anstalt durch die Schulanfänger erhöhte Auslagen der Betrag von 1400 auf 1500 Mark erhöht. Krust beantragt bei dem Titel „Armenverwaltung“ Erhöhung der eingekesselten Summe von 850 auf 900 Mark für Aufkaffung von Kleidern und Schuhen für bedürftige Kinder. Der Antrag wurde, nachdem der Oberbürgermeister dagegen gesprochen, abgelehnt. Deuser beantragt beim Titel „Elektrizitätswerk“ die Veranlassung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß größere Installationsarbeiten und unregelmäßige Hausanschlässe zugunsten der Handwerker nicht mehr gestattet werden. Der Antrag wurde der Lichtkommission überwiesen. Der ordentliche Etat bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 2.685.262.19 Mark, der außerordentliche Etat mit 151.201.08 Mark. Zur Deckung des aus den sonstigen Einnahmen, den Gebühren, Beiträgen und indirekten Steuern nicht deckbaren Ausgabebedarfs werden die folgenden Steuerföhe in Vorschlag gebracht: 175 Prozent Zuschlag zur Staatssteuer, 200 Prozent von der Betriebssteuer 100 Prozent für den Kreis, 130 Prozent für die Stadt, 3¼ pro Tausend Grundsteuer nach dem gemeinen Wert oder 294 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer und 121 Prozent der besonderen Gewerbesteuer. Die Tilgungsföhe für Kapitalien sollen in derselben Weise beibehalten werden, wie im Vorjahre. Hierzu bedarf es jedoch der Zustimmung der Stadtverordneten. Der Etat wurde hierauf einstimmig angenommen. Auf die Ausführungen der Redner zur Lebensmittelversorgung werden wir zurückkommen. Die Sitzung wurde geföhrt und sofort abgebrochen, weil Herr Krust einen Schlaganfall erlitt.

Kassau, 21. Juni. (Noch glücklich abgegangen.) Gestern nachmittag fuhr der hier um 1 Uhr 56 Min. ausfahrende Personenbahnhof nach Gmü in Folge falscher Weichenstellung auf ein Nebengeleis, prallte gegen den Freiloch, den er etwa 10 Meter

weitschleppte, und entgleiste. Durch die Wucht des Anpralls röh der Wagen die Schienen auf, kippte teilweise um und hängt jetzt oberhalb der Weichen. Zum Glück hatte er nur wenige Passagiere, die mit dem bloßen Schrecken davonkamen. Nur Materialschaden ist entstanden. Die Aufräumarbeiten haben sofort begonnen.

Bingen, 21. Juni. (Straßenraub.) Ein Kaufmann wurde in der Schloßbergstraße vor einem unbekannten Soldaten in Infanterie-Uniform angehalten. Der Soldat, der sich als Kriminalbeamter ausgab, packte den Kaufmann und röh, als dieser seine Legitimation verlangte, dessen Uhr aus der Westentasche und verschwand, ohne daß er eingeholt werden konnte. Es handelt sich um einen Soldaten mittleren Alters, der eine eigene Kasse trug und vorher in der Schmittstraße in Begleitung von zwei Mädchen gesehen worden war. Die geraubte Uhr ist aus Gold mit Doppeldeckel. Im Sprungdeckel befindet sich neben einer Krone das Wort „Kriegsgold“, darunter die Zeichen „C. 585“ und die Zahl „272“. Im hinteren Golddeckel befinden sich die gleichen Zeichen mit dem Unterschied, daß die Zahl hier 19.272 heißt. Der hintere Innendeckel vor dem Wert ist aus Metall und trägt die Zahl 19.272.

Aus den umliegenden Kreisen.

Eine Klage von grundsätzlicher Bedeutung.

Der Fabrikarbeiter Anton Wolf und der Steinzeughreber Peter Geyer in Söhre beanspruchen für angeblich an ihren Grundstücken angerichteten Wildschaden Ersatz. Zunächst ist von der Ortspolizeibehörde der Schaden auf 850 Mark bezw. 1050 Mark festgestellt; gegen diesen Bescheid indes ist der Klageweg beschritten worden, worauf von sachverständiger Seite ein Vergleich in Vorschlag gebracht wurde, nach dem der eine 26 Mark, der andere 40 Mark erhalten sollte. Die Kläger erklärten sich damit einverstanden, nicht aber auch die beklagte Jagdgenossenschaft. Der Kreis-Ausschuß zu Montabaur sprach darauf den Klägern 12 bezw. 24 Mark zu, und wider diesen Entscheid ist dann von dem Vertreter der Jagdgenossenschaft Bürgermeister Dr. Arnold die Berufung angemeldet, in der Hauptsache um dessen Willen, weil ihm die Volllegitimation insofern fehle, als er, der Vorsteher der Ortspolizeibehörde, nicht zugleich Jagdvorsteher sein könne, weil er bisher als Beklagter durch seinen Stellvertreter habe vertreten sein müssen.

Der Bezirks-Ausschuß hat jetzt in dieser Sache zu entscheiden. Die Berufung wurde als unzulässig abgewiesen, weil der Kläger nicht grundsätzlicher die Aufhebung des ergangenen Urteils, sondern nur eine nebenher laufende Beistellung erstrebt habe, weil ferner wegen der Kostenfestsetzung allein die Berufung nicht habe angemeldet werden können.

Griesheim, 27. Juni. (Interessengemeinschaft in der chemischen Industrie.) Wie die „Hess. Stg.“ erföhrt, schweben bereits vorgeschrittene Verhandlungen, die den Uebergang der Chemikalienwerke G. m. b. H. in Griesheim an die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. M. zum Gegenstand haben. Diese Transaktion steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der neugebildeten großen Interessengemeinschaft in der chemischen Industrie. Bekanntlich sind die Chemikalienwerke G. m. b. H. nicht in die Gemeinschaft einbezogen gewesen. Da es nicht leicht sein dürfte, einen geeigneten Schlüssel für ein kleines Werk, wie es die Chemikalienwerke sind, im Verhältnis zu den großen, dem Konzern angehörigen Werken zu finden, soll die Einbeziehung in der erwähnten Form stattfinden. Ein weiterer Grund dafür ist offenbar auch in dem lokalen Verhältnis der Chemikalienwerke zur Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron zu finden; die Anlagen des ersteren Unternehmens werden nämlich vollständig von der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron umschlossen, jedoch keine Möglichkeit für eine künftige Ausdehnung der Anlagen im Zusammenhang mit den leibherigen vorhanden ist. Die Transaktion erscheint auch deshalb bemerkenswert, weil sie deutlich zeigt, wie die geeinte Macht der großen Unternehmungen die reiflose Monopolisierung dieses Industriezweiges herbeizuföhren vermag. Die jetzt noch nicht zur Interessengemeinschaft gehörigen Werke sind lediglich die Firmen Jäger, Düsseldorf und Wülfling, Dahl u. Co.-Darmen.

Griesheim, 20. Juni. (Bedauerlicher Unfall.) Am Samstag abend hat sich unser Genosse Gemeinderat Herr Heuser bei einer Schuttpreparatur so unglücklich mit dem Messer in den Oberarm geschnitten und die Pulsader durchgeschnitten, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Unbegreiflicherweise lehnten es die beiden Heilgehilfen Adernmann und Kludig ab, mitzukommen, um die erste Hilfe zu leisten. Erst nach drei Stunden war es möglich, einen Arzt anzutreffen, der einen Rotverband anlegte. Bei dieser Gelegenheit hat sich aber erneut wieder gezeigt, daß das Griesheimer Krankenhaustransportwesen sehr verbesserungsbedürftig ist.

Vom Westerwald, 20. Juni. (Der Getreideblasenflug.) der sich in den Woggenfeldern zeigte, hat unter den Landeuten Ursache verursacht. Die genauen Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß der Schädling nur schwächliche Halme befallt, während normal entwickelte verschont bleiben. Weitere günstige Witterung vorausgesetzt, ist eine Kornerte zu erwarten, wie seit Jahren nicht mehr.

Dietz, 20. Juni. (Städtischer Lebensmittelbezug.) Bisher wurden bei den von der Stadt beschafften Lebensmitteln vorzugsweise nur diejenigen Familien berücksichtigt, deren Einkommen 1500 Mark nicht übersteigt. Einem neuen Beschluß des Magistrats zufolge ist die Einkommensgrenze auf 2100 Mark erhöht worden. — (Anmeldeliste.) Um dem Andrang beim Solen des Fleisches zu steuern, geben unsere Rehger sogenannte „Anmeldelisten“ ab. Dabei föhren sie eine Liste und wechseln stagenweise ab. Auf diese Weise wird niemand zurückgestoßen und allerlei Unannehmlichkeiten vorgebeugt.

Hannau, 22. Juni. (Schwurgericht.) Wegen Mordes hatten sich in der gestrigen Sitzung die Strafgefangenen Karl Dietrich, zur Zeit im Strafgefängnis Weiden, und Georg Walz, zur Zeit im Strafgefängnis Freungesheim, vor den Geschworenen zu verantworten. Beide Angeklagte sind vielfach vorbestraft, insbesondere hat Dietrich eine sehr bewegte Vergangenheit und war auch schon zweimal in einer Heilanstalt für Geistesranke untergebracht. Die beiden Gefangenen sollen Anfang Februar d. J. mit einem Gefangenenschub aus Bayern nach Frankfurt transportiert werden und wurden, weil Hannau Uebergangsstation ist, vorübergehend in dem hiesigen Strafgefängnis untergebracht. Hier faßten sie den Plan, den Kasserer Hüßling zu überfallen und zu erschlagen. Als sie am 5. Februar abends aus der Zelle 2 die Matratzen abholten, warf Walz dem Kasserer von hinten eine Decke über den Kopf und sprang ihm auf den Rücken, während Dietrich von vorne mit einem Feuerhaken auf ihn losging. Der Beamte

war aber den Dürchen gewachsen. Es gelang ihm, sich rasch zu befreien und die Zellentür hinter sich abzuschließen. Die Angeklagten waren im wesentlichen gesünder, versuchten sich aber die Anklage gegenständig in die Schuhe zu schieben. Der Sachverständige Dr. Weidmann, der Dietrich auf seinen Geisteszustand untersucht hat, war der Ansicht, daß Dietrich ein nervöser, minderwertiger Mensch sei, sich aber während der Tat nicht in einem Zustand befunden habe, der seine Verantwortung dafür ausschließe. Die Angeklagten wurden der Mordtat schuldig befunden und Holz zu 2 Jahren, Dietrich zu 2 Jahren 2 Monaten Zuchthaus verurteilt. Ferner wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt und die Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Banau, 22. Juni. (Zucker zu Einmachzwecken) ist der Stadt überwiesen worden und soll in den nächsten Tagen zur Auktion gelangen. In Betracht kommen zunächst nur die Anmeldungen für Zucker zum Einmachen von Kleinobst, und zwar werden nur 33 Prozent der angemeldeten Menge ausgegeben, jedoch nicht mehr als 33 Pfund. Gansschaltungen, die zum Einmachen von Kleinobst mehr als 100 Pfund Zucker angemeldet haben, kann eben noch eine weitere Menge auf Antrag zur Verfügung gestellt werden. Diesbezügliche Anträge sind schriftlich im Rathaus, Zimmer 27, eingereichen unter Nachweis, daß der Antragsteller den Zucker unbedingt gebraucht. Die Zuckerbezugsscheine werden den Gansschaltungen, die ihren Bedarf angemeldet haben, zugewiesen. Jetzt noch eingehende Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. Zucker für Kernobst wird voraussichtlich im Herbst gleichfalls zur Verfügung gestellt. — (Das Opfer eines geschehenen Spießbüßens) wurde eine kleine Frau, die in einem Laden verkehrt hatte, Butter zu erhalten. Ein junges Mädchen teilte ihr heimlich mit, sie könne in einem Hause der Gaisstraße Butter bekommen. Die Frau ging mit und verabschiedete dem Mädchen 2 Mark für ein Pfund Butter. Das Mädchen kam nach einer Weile wieder die Treppe herunter und sagte der Frau, die Butter koste nur 1.90 Mark, sie wolle rasch irgendwas das Zweimarkstück wechseln lassen. Das Wechseln mag sie schon befohlen haben, das Wiederkommen hat sie indessen vergessen, so daß die Frau weder ihr Geld zurückbekam, noch auch die heiß ersehnte Butter erhielt.

Langen, 20. Juni. (Bont-Knecht bestohlen.) Ein hier seit einiger Zeit bedienstet gewesener Knecht war dieser Tage in Frankfurt am Main zu hause. Schon vor der festgesetzten Zeit machte er sich mit dem Hauptwerk auf den Weg. Bald nach seinem Weggehen merkte die Frau des Besitzers, daß der Knecht sie arg bestohlen hat. Es wurden sofort Nachforschungen angestellt und dabei festgestellt, daß das Hauptwerk in Offenbach hinfertig angetroffen wurde, während der Knecht verschwunden war.

Main, 21. Juni. (Für die Gelben) wird in der Gasmesserschmiede augenblicklich wieder lebhaft agitiert. Die Stärkung dieser Arbeiterorganisationen scheint als besonders dringlich empfunden zu werden, denn die Vorarbeiter, die mit der Aufgabe betraut sind, verprechen bei Freistellung von der Vertragspflicht bis nach Kriegsende sofortige volle Unterstützungsbereitschaft. Dieser Umstand löst eine genügende Deutung zu, wer die Beiträge zahlen wird und wessen Aufgabe die agitatorisch tätigen Vorgesetzten ausführen.

Marburg, 20. Juni. (Neue Anleihe.) In der gestern abend abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde der schon mehrfach verhandelte Antrag des Magistrats, den Kauf der Lehm im Weichbild der Stadt vom Nordbahnhof zum Südbahnhof zu regeln, in namenhafter Abstimmung mit 13 gegen 6 Stimmen mit der Maßgabe genehmigt, den Plan erst nach dem Kriege offen zu legen und die Arbeiten auszuführen. Die Kosten, die auf rund 300 000 Mark veranschlagt werden, sollen auch dann im Wege der Anleihe aufgebracht werden.

Bad Kreuznach, 21. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Als Nachfolger des im Felde gefallenen Bürgermeisters Dr. Schlicher wurde gestern unter 304 Wählern der 41jährige bisherige Beigeordnete von Oberhausen i. Rhld., Dr. Körnicke, gewählt.

Aus Frankfurt a. M. Der Lehrstuhl für Pädagogik.

Im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom Mittwoch den 21. Juni lesen wir:

„Die Stadtverordnetenversammlung hat vorgestern in geheimer Sitzung der Neuregelung des Vertrages mit Stadtrat Prof. Dr. Ziehen zugestimmt. Warum es sich handelt, ist aus früheren Mitteilungen bekannt. Professor Ziehen übernimmt den durch die Pensionierung neu errichteten Lehrstuhl für Pädagogik an der Universität — an seiner Vertretung durch den Minister ist nicht zu zweifeln — und scheidet mit Pension als beabschiedeter Stadtrat aus den Diensten der Stadt. Er bleibt also dem städtischen Schulwesen erhalten; denn ihm wird als unbediensteter Stadtrat das höhere Schulwesen übertragen, während die Verwaltung der Volksschulen, Fach- und Fortbildungsschulen Bürgermeister Dr. Zuppe zugewiesen wird. Es handelt sich also um eine grundsätzliche Veränderung in der Leitung des Frankfurter Schulwesens, um eine Frage von höchster Bedeutung. Schon aus diesem Grunde wäre es nötig gewesen, diese Angelegenheit nicht vertraulich oder heimlich zu betreiben, sondern in voller Öffentlichkeit zu behandeln. Wir wollen heute nicht in Einzelheiten eintreten, aber das eine soll gesagt werden, daß es fraglich ist, ob eine Persönlichkeitsfrage, wie sie jetzt beachtet wird, der Entwicklung des Schulwesens dienlich ist. Bisher war man der Meinung, daß hier eine einheitliche Leitung nötig ist, und es ist jedenfalls sonderbar, daß Dinge von solcher Bedeutung gewissermaßen hinter den Kulissen bearbeitet und erledigt werden. Die Bürgererschaft wird aber noch durch ein anderes übersehen, durch eine ganz neue Art der Pensionierung. Wir glauben nicht, daß ein gleicher Vorgang sich schon früher abgespielt hat und sind der Meinung und Erwartung, daß gleiches oder ähnliches sich nicht wiederholen mag. Das soeben gesagt wurde, entspringt allgemeinem Bedenken. Professor Ziehen ist ein Pädagoge von hervorragenden Eigenschaften; das sei ausdrücklich anerkannt. Wir betonen aber nachdrücklich, daß künftige Verurteilungen oder Beförderungen in anderer Weise erfolgen mögen, als es in diesem Falle geschehen ist.“

Was wir von der Schließung im Einverständnis der Vertreter der bürgerlichen Parteien im Stadtparlament halten, haben wir vor der bedeutungsvollen Versammlung in zwei Artikeln gesagt. Es genügt deshalb, die Methode der „Frankfurter Zeitung“ wiederum zu kennzeichnen, die, nachdem die Angelegenheit zum Abschluß gebracht ist, warnend ihre Stimme erhebt und sagt, daß künftige Verurteilungen oder Beförderungen in anderer Weise erfolgen mögen, als es in diesem Falle geschehen ist.“ Das ist ganz die Art der „Frankfurter Zeitung“, aber zugleich auch eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn hinterher gesagt wird, die Bürgererschaft sei durch die neue Art der Pensionierung überaus überrascht worden. Die „Frankfurter Zeitung“ wußte genau, wie und was hinter den Kulissen geschahen wird, sie wußte, daß gerade ihre Anhänger und Freunde im Stadtparlament mit Feuer für die dunklen Mächte sich ins Zeug legten, und doch sagte sie vor Abschluß der Verhandlungen nichts dazu. Darum werden die „allgemeinen Bedenken“ in der Bürgererschaft und besonders in Lehrkreisen, die über ein derartiges Verfahren einfach sprachlos sind, nicht ernst genommen. Wir wollen auch darum von einer schärferen Kritik absehen, denn ein solches Gebahren einer führenden Zeitung charakterisiert sich von selbst.

Von anderer Seite wird und zu den oben zitierten Ausführungen der „Frankf. Ztg.“ geschrieben:

Nachlässig ist es wenig möglich und der Sache nicht förderlich, daß die „Frankf. Ztg.“ ihre Kritik erst läßt, wenn nichts mehr zu ändern ist. Aber sachlich soll doch festgehalten werden, daß sich ihre Gründe mit denjenigen vollkommen decken, die der Redner der Sozialdemokratie in der geheimen Stadtverordnetenversammlung anführte und die er noch erheblich vertiefte und ergänzte. Die bürgerliche Mehrheit aber schritt über alle sachlichen und ersten Einwände hinweg, wie so oft. Es zeigt sich eben auch hier wieder, daß in der Stadtverordnetenversammlung unter Führung der Herren Goll, Windemied, Schneider und Genossen eine geistlose und turschliche Alltagspolitik ohne jeden politischen Weitblick ihre Herrschaft angetreten hat, die sich noch bitter an der Stadt rächen wird. Und die etwas höherstehenden und weiterblickenden Führer der Mehrheit haben sich um der Erhaltung ihrer Herrschaft willen jenen Elementen unterworfen müssen. So kommt es, daß selbst die „Frankf. Ztg.“ vor den üblen Taten ihrer eigenen Parteimehrheit Angst bekommt und wenigstens nachträglich von ihnen abzurufen sucht.

Wohnverhältnisse Bundesratsverordnung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Wie aus den Speisekarten hiesiger Wirtschaften zu ersehen ist, wird die Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1916 betr. die Vereinfachung der Verköstigung (M. G. Bl. S. 433) immer noch nicht richtig verstanden. Gastwirtschaften usw., Vereins- und Freizeitsäle dürfen zu einer Mahlzeit nicht mehr als 2 Fleischgerichte zur Auswahl stellen. Danach darf keine Speisekarte, einerlei ob Frühstück-, Mittags- oder Abendkarte mehr als 2 Fleischspeisen enthalten. Wenn mittags eine feste Speisekarte gegeben wird, die je auch 2 Fleischspeisen zur Auswahl enthalten darf, dann dürfen aber den Gästen, die nicht das zusammengeordnete Mittagessen nehmen, sondern nach der Karte speisen wollen, keine anderen Fleischgerichte als dieselben 2 aus der Speisekarte zur Auswahl gestellt oder verabfolgt werden. Als Fleischgerichte im Sinne dieser Verordnung gelten nicht Aufschnitt als Brotbelag — die Beschränkung ergibt sich hier schon von selbst aus der Notwendigkeit, für das belegte Brot eine Brotkruste abzugeben — und Kopf und innere Teile der Schlachttiere, Bräun- und Rohwürste. Aufschnitt nicht in Gestalt belegter Brote ist in der Regel „Fleischgericht“ im Sinne der Verordnung.

In der Bundesratsverordnung ist zunächst nichts zu ändern. Aber wir fragen: Warum dürfen zu einer Mahlzeit nicht mehr als 2 Fleischgerichte zur Auswahl verabfolgt werden, während in armen Privathaushaltungen wochenlang — ja monatelang kann man sagen — nicht einmal ein Fleischgericht auf den Tisch kommt? Wenn schon Mangel vorhanden ist, dann auch in den Speisekarten Einschränkungen, wo nur reiche Leute ihre Mahlzeiten einnehmen.

Mehlschabade. In den Metzgereien darf bis auf weiteres an Haushaltungen höchstens 1/4 Pfund Fleisch für den Kopf, zusammen höchstens 2 1/2 Pfund für den ganzen Haushalt bei jedem Verkauf abgegeben werden. Der Kunde hat bei jedem Kaufe den Vorausweis dem Metzger vorzulegen, welcher auf Grund der darauf vermerkten Personenzahl die zu verabfolgende Menge zu berechnen hat.

Trotz Verhörs freigesprochen. Am 20. März 1915 traf ein Schuhmann im Hause Grubenstraße 28 den Sattlergesellen Johann Denk an, der schon einige Zeit wegen eines Diebstahls gesucht wurde. Denk erklärte, er habe seit Anfang März in dem Hause bei der Witwe Elise Reim gewohnt. Diese erhielt darauf eine Strafverfügung über 10 Mark, weil sie den Denk nicht polizeilich gemeldet hatte. Sie erhob Einspruch und wurde am 7. Juli vom Schöffengericht freigesprochen, nachdem Denk bezeugt hatte, daß er dem Schuhmann die Unmoralität gesagt habe. Es sei nicht wahr, daß er bei der Reim gewohnt habe. Er habe nur fünf Nächte dort zugebracht, für den Aufenthalt aber nichts bezahlt. Die Aussage wurde zu Protokoll genommen und später ein Verdict wegen Meinungsänderung in dem Denk alsbald das Verdict ablegte, daß er einen Meineid geleistet habe; Frau Reim habe ihn dazu angezettelt. Weiter hatten sich die beiden vor dem Schwurgericht zu verantworten. Denk blieb dabei, daß er falsch geschworen habe. Außer den fünf Nächten hatte er noch zehn Nächte in der Wohnung der Witwe Elise Reim zugebracht; das war aber nicht Anfang März gewesen. Vores Geld für Miete hatte er nicht bezahlt; aber er hatte Geld hergegeben für Essen und Trinken. Frau Reim, aus der inzwischen eine Schlosserfrau Weizer geworden war, gab zu, daß sie Denk aufgefodert habe, zu sagen, er habe nicht bei ihr gewohnt, sondern nur 5 Nächte dort bei einer Zimmervermieterin zugebracht; von den anderen Nächten habe sie nichts gewußt. Es folgte eine längere Beweisaufnahme, worauf Gerichtsassessor Weizner als Vertreter der Staatsanwaltschaft die Befragung der Schuldfragen nach wissenschaftlichem Meißel und Antistichung dazu beantragte. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hoffmann und Dr. Julius Jessel, führten aus, es habe sich nicht um ein „Wohnen“, sondern um ein „Aufsteigen“ gehandelt, und bezahlt habe Denk nicht „für den Aufenthalt“, sondern er habe Essen und Trinken „zum Verleihen“ gegeben. Die zehn Nächte, die er außer den fünf noch in der Wohnung der Witwe Elise Reim zugebracht hatte, seien nicht Anfang März gewesen. Bei der Eidesleistung aber habe es sich um diese Zeit gehandelt. Es liege also objektiv keine Verletzung der Eidespflicht vor, und die Angeklagten müßten trotz des Geständnisses freigesprochen werden. Die Geschworenen erkannten nach langer Beratung auf Nichtschuldig, womit die Freisprechung der Angeklagten gegeben war. — Die Schwurgerichtssitzung war damit zu Ende.

Schulfsorge-Ausstellung. Die „Hausfrauenvereinigung 1915“ macht das Publikum nochmals darauf aufmerksam, daß ihre Schulfsorge-Ausstellung im Laden Steinweg 12, bis Sonntag den 26. Juni einschließlich eröffnet ist. Wir bitten alle Hausfrauen dringend um Zuwendung von Stoff, Filz, Leder und Wachstuchstücke jeglicher Art, wie sich bei genauer Durchsicht in jedem Haushalte vorfinden. Auch alte Handtaschen, Leberriemen, Schürzen, Kissen usw. finden beste Verwendung. All diese Abfälle sind zur Herstellung der Schuhe dringend notwendig. Die Entgegennahme findet während der Ausstellung im Laden Steinweg 12, nachher im Hofe der Nähabteilung des Nationalen Frauenbundes, Schillerstraße 19, statt.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Dienstag in der Heidestraße 33. Dort wohnt im dritten Stock des Hinterhauses die Witwe Schwarz. Die Frau sah am Fenster und hatte ihr 8 Jahre altes Entlein Martha Schwarz auf dem Schoß. Die alte Frau bekam plötzlich Krämpfe und fiel zu Boden, während das Kind aus dem Fenster in den Hof stürzte. In schwerem Zustand wurde die kleine Schwarz nach dem Leiden am Krankenhaus verbracht. Dort wurde festgestellt, daß das Mädchen einen schweren Schädelbruch davongetragen hatte. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist das Kind im Spital verstorben. Als die Großmutter wieder zu Bewußtsein gekommen war und von dem Unfall hörte, geriet sie in Schrecken, daß sie Selbstmord verüben wollte. Zu ihrer eigenen Sicherheit mußte sie in die Irrenanstalt verbracht werden.

Schwerer Unfall. Am Mittwoch gegen halb 8 Uhr nachmittags wurde die Schülerin Georgine Baruth, hinter dem Lammchen Nr. 3 inhaft, auf dem Dampfer von einem Radfahrer überfahren und schwer verletzt.

Ertrinken. Zwischen Offenbach und der Oberkaser Schloß wurde die Leiche eines Offenbacher Kaufmanns, der in Frankfurt in Stellung war, aus dem Main geborgen. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, konnte bislang nicht ermittelt werden.

Verhaftung. Von drei Leuten, die vor einigen Tagen aus dem Wiesbadener Gefängnis ausgebrochen waren, verhaftete die Frankfurter Polizei zwei, Krebs und Gebe, in der Altstadt.

Explosion. Gestern vormittag kam es in der Mälerei der Brauerei Winding zu einer außerordentlich heftigen Explosion, die so stark war, daß sie in ganz Sophienhausen und einem Teil von Frankfurt gehört wurde. In dem Mälereigebäude der Brauerei Winding befindet sich im obersten Stockwerk die Schrotmühle, in der das Malz

zu Mehl vermahlen wird, bevor es zum Brauen verwendet wird. Offenbar ist ein Stäbchen dieses Mehles in das Mälereigebäude gekommen, es bildete sich ein Funken und das sehr explosive Malzmehl kam zur Entzündung. Die Schrotmühle wurde vollständig zerstört. Der Brand war so stark, daß ein großer Teil des Daches vom Mälereigebäude in die Luft gerissen wurde und auch noch Mälereigebäude entzündet. Insgesamt dürfte sich der Schaden auf 30 bis 35 000 Mark belaufen. Zufälligerweise war niemand in dem Gebäude anwesend, so daß keine Menschen zu Schaden kamen. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Der Betrieb der Brauerei ist nicht gestört.

Briefkasten der Redaktion.

A. G. Wir roten Ihnen, sich an das Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M., Stolzestraße, zu wenden.

Gabel. Der Termin, wann die neue Verordnung in Kraft tritt, ist noch nicht bekanntgegeben.

S. Sch. 1. Nein. 2. Nur mit Genehmigung des Bezugskommandos. 3. Nein.

S. 62. Wenn Sie Ihrem Ehemann verziehen haben und eine Verzeihung nicht wünschen, dann sind Sie edel und vergehen auch dem lieben kleinen Nagelstein.

Neues aus aller Welt.

Haufeinsturz in Berlin. Gestern abend um 9 Uhr löste sich von dem dreistöckigen Hause Michaelsstraße 88 zunächst eine erhebliche Menge der Fassade am Dachgeschoß, und unmittelbar darauf stürzte etwa die Hälfte der Mauer zwischen dem Dachgeschoß und dritten Stockwerk nebst Giebel auf die Straße herab. Polizei und Feuerwehr, die sofort alarmiert wurden, stellten fest, daß mehrere Balken den Einsturz verursacht hatten. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Telegramme.

Entente-Ultimatum an Griechenland.

Petersburg, 22. Juni. (B. B. Michailitsch.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur: Die Vertreter der Entente-Mächte werden am 22. Juni der griechischen Regierung ein Ultimatum überreichen, in welchem sie folgende Forderungen aufstellen: die Demobilisierung, die Bildung eines Kabinetts, das eine vollständige Neutralität verbürgt und bereit ist, sich den Wünschen einer gesamtgriechischen Nationalversammlung zu fügen, und Ersetzung der unter fremdem Einfluß handelnden Polizeibeamten durch Beamte, die im Einvernehmen mit den Entente-Mächten ernannt werden.

Wilson als Zermalmer.

New York, 21. Juni. (B. B.) Durch Funkpruch von dem Vertreter des „N. Y. H.“ Präsident Wilson sagte am Mittwoch in einer Rede: In den Vereinigten Staaten ist eine Unerschlichkeit im Werke, die zermalmt werden muß. Sie geht von einer sehr kleinen Minderheit aus, aber von einer sehr tiefen und tiefen Minderheit. Das sind diejenigen, die in diesem Augenblick eine Art von politischem Erpressungsversuch unternehmen, indem sie sagen: „Was wir wollen, aber wir werden bei den Wahlen Rache nehmen!“

Zerfall Chinas.

Petersburg, 22. Juni. (B. B. Michailitsch.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Peking, daß die Provinzen Kuangtung, Honan und Szechuan beschlössen haben, die Peking-Regierung nicht mehr anzuerkennen.

Petersburg, 22. Juni. (B. B. Michailitsch.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio: Unter den Ausländern und Chinesen im Norden Chinas herrscht wegen der dortigen Lage Unruhe. Auf Wunsch der Bevölkerung Kenjins wurde ein japanisches Bataillon aus Awatani dorthin zur Verstärkung der Schutztruppe Nordchinas entsandt.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Donnerstag, 22. Juni, 7 Uhr: „Brigitte von Homburg“. Freitag, 23. Juni, 7 Uhr: „Robert und Bertram“. Samstag, 24. Juni, 7 Uhr: „Higatos Hochzeit“. Sonntag, 25. Juni, 7 Uhr: „Lannhäuser“. Montag, 26. Juni, 7 Uhr: „Die Rattenfängerin“. Dienstag, 27. Juni, 7 Uhr: „Margarete“. Mittwoch, 28. Juni, 7 Uhr: „Die Abreise“. Der Barbier von Bagdad. Donnerstag, 29. Juni, 7 Uhr: „Halsaff“. Freitag, 30. Juni, 7 Uhr: „Graf Wolmar“.

Gammelt Obstkerne!

Die durch den Krieg herbeigeführte Abzerrung Deutschlands von der gegenwärtigen Zufuhr macht sich besonders auf dem Gebiete der Öle und Fette in immer steigendem Maße fühlbar. Der Kriegsausbruch für Öle und Fette in Verlust hat deshalb eine umfassende Sammlung der ölhaltigen Obstkerne in die Wege geleitet. Für die Stadt Wiesbaden ist nun die Ausführung übertragen. Wir fordern daher alle Einwohner von Wiesbaden zur Sammlung von Obstkernen für die Ölgewinnung auf. Jeder sammle! Jeder Kern ist wichtig!

Zu sammeln sind nur Rüchskerne, Kerne von Äpfeln (auch Sauerkirschen), Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen, Reineclauden und Kirschen (nicht Birnkerne). Auch Kerne von gefochtem und gedörrtem Obst können verwendet werden. Die eingesammelten Kernsorten dürfen nicht mit einander vermischt werden.

Die gesammelten Kerne bitten wir abzuliefern an Abteilung VI des Kreiskomitees vom Roten Kreuz, Mainstraße 19, woselbst auch Merkblätter über die Kernsammlung zu haben sind.

Auf Verlangen wird gezahlt für das Kilogramm Rüchskerne 20 Pfennig, für das Kilogramm aller übrigen Kernsorten 15 Pfennig.

Vaterländischer Frauenverein. Abt. VI des Kreiskomitees vom Roten Kreuz.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren. Große Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner. 41 Wehlitzstraße 41. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Fronten-Karten. Neueste Ausgaben. Preis 50 Pfg. Buchhandlung Volksstimme